



Interviews

Datum: 21. September 2025

Katharina Hamberger im Gespräch Thorsten Frei, Kanzleramtsminister, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Hamberger: Mit Katharina Hamberger, und mir gegenüber sitzt der CDU-Politiker und Chef des Bundeskanzleramtes Thorsten Frei. Guten Tag, Herr Frei.

Frei: Schönen guten Tag, Frau Hamberger.

Hamberger: Herr Frei, die schwarz-rote Koalition hatte diese Woche ein weiteres, um es jetzt mit den Worten von Jens Spahn zu sagen, Team Building-Event. Sie hatten ein gemeinsames Grillfest von Union und SPD. Haben Sie jetzt mehr zusammengefunden?

Frei: Ach, erstens glaube ich, dass wir da ohnehin schon ganz gut unterwegs sind. Die Fraktionsspitzen hatten ja eine sehr erfolgreiche Klausurtagung in Würzburg, und für die Regierung kann ich sagen, ist die Zusammenarbeit ausgezeichnet. Viel besser, als es manchmal von außen den Anschein haben mag. Und deshalb glaube ich, sind die Grundlagen dafür gelegt, dass wir insgesamt erfolgreiche Politik fürs Land machen können.

Hamberger: Aber dennoch haben Sie etwas gebraucht, was Sie noch näher zusammenbringt, weil man ja offenbar das in den vergangenen Wochen so ein bisschen versäumt hat, dass Schwarz und Rot sich näher kennenlernen.

Frei: Nein, das passiert auf eine ganz vielfältige Art und Weise, aber es ist natürlich klar, wir haben die Situation, dass unterschiedliche Parteien, die bis vor der Bundestagswahl noch Wahlkampf gegeneinander gemacht haben, zueinander finden. Da muss man auch den Rollentausch entsprechend hinbekommen und ein gegenseitiges Verständnis auch entwickeln. In einer Koalitionsregierung muss man natürlich immer einen gemeinsamen Nenner finden, und das ist manchmal eine Herausforderung. Das setzt aber eben Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten voraus, und es setzt auch ein Verständnis dafür voraus, was man der jeweils anderen Seite zumuten kann. Und dafür kann man sich eigentlich nicht gut genug kennen.

Hamberger: Das brauchen Sie jetzt wahrscheinlich, alles zu wissen, was man der anderen Seite zumuten kann, wenn es jetzt in den sogenannten Herbst der

Reformen geht. Da geht es vor allem um Sozialreformen, die stehen im Fokus. Das ist ein Bereich, wo es doch Unterschiede gibt zwischen SPD und Union. Wo sehen Sie denn da die schwierigsten Hürden auf sie zukommen?

Frei: Also zunächst einmal muss man sagen, wir haben schon in der Vergangenheit durchaus herausfordernde Themen gehabt. Wenn man beispielsweise an die Migrationsgesetze denkt. Wenn man daran denkt, dass wir mehr als die Hälfte der Rentengesetze, die wir uns vorgenommen haben für dieses Jahr, ja bereits durchs Kabinett gebracht haben. Viele andere Themen: Steuerpolitik, Sozialpolitik könnte man da nennen. Und insofern bin ich grundsätzlich optimistisch, dass wir auch bei diesen sozialpolitischen Themen auf einen guten gemeinsamen Nenner kommen. Das werden wir schaffen. Und am Ende des Tages geht es darum, dass wir nicht einen Schritt vor und einen Schritt zurück machen, sondern dass wir sozusagen das Beste zusammenbinden und damit das Land im Ganzen nach vorne bringen.

Hamberger: Aber nochmal: was ist, wo Sie sagen, das ist der Punkt, wo Sie möglicherweise noch viele Diskussionen mit der SPD führen müssen? Ist es das Bürgergeld?

Frei: Ich glaube, das kann man jetzt so abstrakt nicht sagen. Im Bereich des Bürgergelds haben wir sehr klare Abmachungen im Koalitionsvertrag, nämlich, dass aus dem Bürgergeld die neue Grundsicherung werden soll. Welche Konsequenzen daraus erfolgen sollen, etwa im Bereich des Prinzips Fördern und Fordern, dem Vermittlungsvorrang, den Karenzzeiten, den Zumutbarkeitsregeln und vieles andere mehr, da haben wir ja Verständigungen im Koalitionsvertrag gefunden. Und das ist die Grundlage dann auch für ein Gesetzgebungsverfahren. Insofern erwarte ich, trotz vielleicht unterschiedlicher Perspektiven, ganz sicher unterschiedlicher Perspektiven, dass wir da jedenfalls zu Lösungen kommen. Und auch der Bundesfinanzminister hat ja dieser Tage deutlich gemacht, dass wir deutliche Veränderungen in diesem Bereich brauchen.

Hamberger: Der Koalitionsvertrag ist das eine. Das andere ist ja dann der konkrete Gesetzentwurf, den die Sozialministerin Bärbel Bas dann vorlegen muss. Und es gibt ja eben gerade in der Union hohe Erwartungen, was das Bürgergeld betrifft. Sie haben im Wahlkampf wirklich davon gesprochen, dass Sie es vom Kopf auf die Füße stellen wollen. Sie haben von großen Einsparungen gesprochen, die die Union versprochen hat, auch mit einer Veränderung beim Bürgergeld. Glauben Sie denn tatsächlich, dass Bärbel Bas etwas vorlegen kann, was die Union, was auch ihre Basis am Ende zufriedenstellen wird?

Frei: Ja, ich bin da ganz optimistisch und ich finde, auch der Bundespräsident hat uns ja dieser Tage eine Unterstützung zuteilwerden lassen, als er beim Fürsorgetag

in Erfurt am 16. September ja genau darüber gesprochen hat. Nämlich erstens, wie bedeutsam auch grundlegende Reformen im Sozialstaat sind und dass es da am Ende um zwei Aspekte geht, die man im Blick behalten muss. Erstens, wie spart man Geld ein? Weil wir uns eben in einer Zeit, wo wir eine schrumpfende Volkswirtschaft hatten in den vergangenen Jahren, derzeit auf der Stelle treten, auch mit dem Geld ausgeben, haushalten müssen. Und auf der anderen Seite geht es immer auch um Gerechtigkeit und das Gefühl der Menschen, gerecht behandelt zu werden, egal in welcher Lebenssituation sie sind. Entweder indem sie auf soziale Transferleistungen angewiesen sind oder indem sie zu den Zahlern gehören. Und neben der horizontalen Gerechtigkeit geht es immer auch um die vertikale, also die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.

Hamberger: „Zukünftige Generationen“ ist in Zusammenhang mit den Sozialreformen, die Sie vorhaben, auch nochmal ein gutes Stichwort. Denn es gehört ja nicht nur das Bürgergeld dazu. Auf Sie werden auch Veränderungen im Bereich Pflege, Krankenversicherung zukommen. Das ist ja auch nochmal ein großer Brocken. Aber auch das Rentensystem ist etwas, was Sie noch vor sich haben. Und da gibt es jetzt gerade aus Ihren eigenen Reihen Kritik an dem, was die schwarz-rote Koalition jetzt auf den Weg gebracht hat. Nämlich, dass man eine Haltelinie einführt bei 48 Prozent des Rentenniveaus bis 2031. Und die Junge Union wirft Ihnen jetzt vor, das sei nicht Enkelsicher. Das sei also quasi nicht nachhaltig für die junge Generation. Gehen Sie davon aus dass sich da noch etwas verändern wird?

Frei: Also wir haben ja verabredet, in diesem Jahr schon ein Paket aus fünf Gesetzen im Bereich der Rente auf den Weg zu bringen. Damit haben wir schon begonnen im August und haben dort durchs Kabinett gebracht das Thema Haltelinie und Mütterrente. Darüber hinaus, jetzt Anfang September, das Betriebsrentenstärkungsgesetz und was jetzt unmittelbar bevorsteht, sind die Aktivrente und die Frühstartrente. Und wenn man das alles zusammen denkt, dann wird ein geschlossener Kreis daraus. Denn im Bereich der Aktivrente geht es um die Frage: wie schaffen wir es, über Anreize dazu zu kommen, dass das tatsächliche Renteneintrittsalter später ist? Indem wir eben Anreize dafür schaffen, dass jemand, der das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht hat, freiwillig länger arbeitet und dann auch tatsächlich etwas davon hat. Und auf der anderen Seite geht es auch mit der Frühstartrente darum, dass wir eine stärkere Säule der privaten Vorsorge schaffen, indem wir Anreize geben und auch tatsächlich Unterstützung, dass man bereits in frühen Jahren beginnt, auch für die Altersversorgung vorzusorgen und dabei eben auch den Kapitalmarkt sich zunutze zu machen. Im Grunde genommen geht es dort auch um eine Form der Vermögensbildung in der Breite.

Hamberger: Sie sehen also nicht das Problem, dass da jüngere Generationen möglicherweise in der Zukunft noch von dem, was Sie jetzt beschließen, eben nicht profitieren, sondern einen Nachteil haben?

Frei: Doch, also ich meine, die Befürchtungen, die da im Raum stehen, die sind ganz unumstritten - klar. Denn wir haben natürlich eine riesige Herausforderung, die sich aus der demografischen Entwicklung ergibt. Wir haben eine riesige Herausforderung, die sich aus dem positiven Umstand des medizinisch-technischen Fortschritts ergibt. Es ist halt eine Realität, dass wir heute doppelt so lange Rentenbezugszeiten haben als in den 1960er Jahren. Das hat natürlich versicherungsmathematische Konsequenzen. Das ist ja nicht von der Hand zu weisen. Und natürlich hat es für ein Kapitalumlagesystem auch Konsequenzen, wenn wir über Jahrzehnte die Situation haben, dass zu wenige Kinder geboren werden für die Grundlage des Generationenvertrages. Und wir deshalb eben die Situation haben, dass heute nicht mehr sechs Erwerbstätige für einen Rentner aufzukommen haben, wie in den 1960er Jahren, sondern heute das Verhältnis irgendwo zwischen 2 und 1,5 liegt. Und natürlich ist das eine gewaltige Herausforderung, der wir so begegnen müssen, dass wir die Konsequenzen aus diesen Fakten, die heute klar auf dem Tisch liegen und im Grunde genommen auch schon seit vielen Jahren bekannt sind, dass die Konsequenzen aus diesen Fakten nicht von einer Generation zu tragen sind, sondern dass wir sie auf möglichst viele Generationen gerecht verteilen. Und dass die Junge Union, dass die junge Generation insgesamt dazu kraftvoll ihre Stimme erhebt, das ist nicht nur nachvollziehbar, sondern das ist auch richtig so.

Hamberger: Müssen wir uns also auch nochmal auf dann weitere Debatten einstellen, jetzt auch in der schwarz-roten Koalition, die man jetzt vielleicht so ein bisschen weggeschoben hat, wie die von Katharina Reiche angestoßene über ein möglicherweise späteres Renteneintrittsalter?

Frei: Also wir haben zum Thema gesetzliches Renteneintrittsalter eine Verständigung in der Koalition. Deswegen macht es aus meiner Sicht jetzt da keinen großen Sinn, darüber zu diskutieren. Wenn wir es schaffen, dass sich das tatsächliche Renteneintrittsalter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter möglichst stark annähert, dann haben wir schon viel erreicht. Und deswegen sollten wir uns darauf konzentrieren. Aber ich warne vor der Illusion zu glauben, wir machen jetzt einmal Reformen in diesem Bereich und dann werden die Dinge erledigt sein und werden sich gut fügen. So wird es bedauerlicherweise nicht sein, sondern wir werden auch in Zukunft immer wieder mit Anpassungsarbeiten zu tun haben.

Hamberger: Das heißt, Sie haben mit dem Herbst der Reformen fast ein bisschen zu viel versprochen?

Frei: Herbst der Reformen heißt ja nicht, dass es im Winter, im Frühjahr und im Sommer nicht weiterginge, sondern das heißt einfach, dass wir uns in diesem Herbst die Zeit nehmen möchten, tatsächlich sehr intensiv auch über nicht nur grundsätzliche Reformen nachzudenken, sondern sie tatsächlich auf den Weg zu bringen.

Hamberger: Sie haben jetzt gerade den Haushalt 2025 beschlossen, der Haushalt 2026 steht Ihnen noch bevor. Spätestens 2027 geht der Bund auf eine wahrscheinlich sehr große Haushaltslücke zu. Die Rede ist von 30 bis 35 Milliarden Euro. Im Moment ist noch nicht ganz klar: wie kann man die füllen? Wie bereiten Sie sich denn jetzt darauf vor?

Frei: Also, so wie Sie es beschrieben haben, wir haben jetzt in dieser Woche den Bundeshaushalt 2025 verabschiedet. Wir steigen jetzt in die parlamentarische Beratung des 2026er Haushalts ein. Und jenseits der parlamentarischen Beratung im Bereich der Bundesregierung beschäftigen wir uns jetzt schon mit dem Bundeshaushalt 2027. Üblicherweise werden im Frühjahr, meistens um Ostern herum, die Eckpunkte für den Bundeshaushalt 2027 vorgelegt. Und wir wissen natürlich ganz genau, dass wir enorme Handlungsbedarfe haben. Sie haben die Summen genannt. Die werden wir nicht durch kosmetische Veränderungen lösen, sondern nur, indem wir auch bereit sind, an die großen Blöcke im Haushalt zu gehen. Und damit beschäftigen wir uns jetzt, weil wir ganz genau wissen, dass, wenn wir eine Wirkung für den Bundeshaushalt 2027 erreichen möchten, dann müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten dafür die Entscheidungen treffen. Ich will aber auf der anderen Seite auch ganz klar sagen: ich weiß nicht, wann eine Regierung zuletzt so strukturiert an die Dinge herangegangen ist. Also, dass wir jetzt erst den 2025er-Haushalt machen, ist ja nicht dieser Koalition geschuldet. Dass wir im Grunde genommen mit dem 2026er Haushalt schon wieder im normalen Rhythmus und Turnus sind, ist, glaube ich, eine besondere Leistung dieser Bundesregierung. Und jetzt haben wir eben Aufgaben für das übernächste Jahr noch zu erledigen, aber durchaus nicht zu viel Zeit. Aber die Zeit, um grundlegend dafür Entscheidungen vorzubereiten.

Hamberger: Aber wie kann man diese Lücke tatsächlich schließen? Wo sagt die Union, das schwebt uns vor von unserer Seite? Die SPD hat ja eben schon einmal mit Steuererhöhungen gespielt. Sie haben das zurückgewiesen. Dann wird auch immer wieder auf das Wirtschaftswachstum verwiesen. Man weiß aber nicht, wie sich die Wirtschaft in den kommenden Wochen, Monaten, Jahren entwickeln wird, gerade mit dem Blick jetzt auf die USA. Das alles steht ja im Raum und ist alles sehr unvorhersehbar. Wie wollen Sie tatsächlich es schaffen, diese Lücke zu schließen ohne Steuererhöhungen?

Frei: Also Sie sprechen es ja zu Recht an, Frau Hamberger. Je weiter wir in die Zukunft blicken, desto unsicherer werden die Prognosen, weil wir natürlich unsere Politik heute schon darauf ausrichten, dass wir wieder zu Wirtschaftswachstum zurückkehren. Weil wir nicht wissen, wie sich die Rahmenbedingungen um Deutschland und Europa herum entwickeln werden. Also je weiter man in die Zukunft blickt, desto unsicherer wird sie. Was wir aber schon sehr klar sehen können ist, dass wir auf der Ausgabenseite - und das ist immer der härtere Teil - dass wir auf der Ausgabenseite zu Einsparungen kommen müssen und zu Einsparungen kommen können. Und deshalb wollen wir uns damit jetzt auseinandersetzen und beschäftigen. Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Aufgabe bewältigen können, so wie das andere Länder im Übrigen auch tun. Und wir tun das in Deutschland immer noch in einem für Europa vergleichsweise positiven ökonomischen Umfeld. Und deswegen bin ich davon überzeugt, dass man das hinkriegt. Und wenn uns die Aufgabe durch Wirtschaftswachstum leichter gemacht wird, dann ist es gut. Aber darauf alleine sollten wir nicht setzen, sondern wir machen jetzt unsere Hausaufgaben, und die diskutieren wir in der Koalition, um dann eben auch mit abgestimmten Ergebnissen weiterzukommen.

Hamberger: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Thorsten Frei, CDU-Chef des Bundeskanzleramts. Herr Frei, es gibt Konfliktlinien innerhalb der Koalition, die noch auf Sie zukommen werden. Wir haben es gerade besprochen, Stichwort Haushaltslücke, mögliche Fragen in der Sozialreform. Aber es gibt auch Konfliktlinien innerhalb Ihrer eigenen Partei, Ihrer eigenen Fraktion. Ein Thema ist dabei das Thema Israel. Wie geht man mit Israel um? Wie geht man mit möglichen Sanktionen um? Friedrich Merz hat einen Kurs eingeschlagen, mit dem er manchem in der Union durchaus vor den Kopf geschlagen hat, wo mancher irritiert war auch über einen Waffenlieferungsstopp, was Waffen für Gaza betrifft, was auch grundsätzlich die Tonalität betrifft. Wo sehen Sie sich denn da? Also lässt sich das innerhalb der Union auch auflösen, dieser Riss, dieser Konflikt?

Frei: So würde ich das gar nicht bezeichnen. Sondern es gibt natürlich Debatten und Diskussionen zu diesem Thema, das uns alle sehr aufwühlt. Auch weil wir in einem gewissen Dilemma stecken. Es ist vollkommen klar, dass Deutschland zu Israel nie ganz normale Beziehungen pflegen wird. Israel ist ja nicht nur ein jüdischer Staat – der jüdische Staat – den es auf der Welt gibt; Israel ist nicht nur die einzige Demokratie, die es im Nahen Osten gibt. Israel ist nicht nur das Land in der Region, das uns von seinen Werten her am nächsten ist. Wir haben auch eine besondere Verantwortung gegenüber den Juden einerseits und dem jüdischen Staat Israel andererseits. Und deswegen warne ich davor, zu glauben, dass wir in Deutschland da einen Blick haben könnten auf Israel wie in jedem anderen europäischen Land. Ich glaube, das ist nicht so. Und wenn die Bundeskanzlerin 2008 in der Knesset von der

Staatsräson gesprochen hat und es ja auch gesellschaftlich im Grunde genommen nicht in Zweifel gezogen wurde, dann zeigt sich eben gerade auch in schwierigen Situationen, was sich dahinter verbirgt und was die besondere Freundschaft und Partnerschaft zum Staat Israel denn tatsächlich wert ist. Auf der anderen Seite kann das natürlich nicht bedeuten, dass wir jede Entwicklung, die es in Israel gibt, auch ohne weiteres akzeptieren. Ich will es mal so formulieren: akzeptieren müssen wir es natürlich, aber wir können nicht alles unkommentiert hinnehmen. Auch das muss man letztlich berücksichtigen. Und in diesem Spannungsfeld versuchen wir, den Weg nach vorne zu finden. Das ist nicht ganz einfach und dass das an der einen oder anderen Stelle auch mal Diskussionen auslöst, das finde ich für sich genommen nicht dramatisch. Das ist eben so. Und dann führen wir diese Diskussionen.

Hamberger: Und wie bereiten Sie die Kabinettsitzung in der kommenden Woche vor, wenn es ja auch nochmal gerade um das Thema auch EU-Sanktionen gehen soll? Jürgen Hardt, beispielsweise, außenpolitischer Sprecher in der Unionsfraktion, hat bei uns im Deutschlandfunk angedeutet, man könnte sich vorstellen, dass man die rechtsextremen Minister Smotrich und Ben-Gvir möglicherweise sanktioniert. Ist ja auch etwas, das auf EU-Ebene diskutiert wird. Aber dass man eben nicht bei Handelsanktionen mitgeht. Ist das ein Kompromiss, wo Sie sagen, das ist vorstellbar, auch für die Bundesregierung?

Frei: Das wird man sehen müssen, aber ich will jetzt den Gesprächen nicht vorgreifen. Aber ich will für mich persönlich sagen, dass ich mir jedenfalls nicht vorstellen kann, dass wir bei Themen wie dem EU-Assoziierungsabkommen oder auch den Handelsbeziehungen in irgendeiner Weise zu so etwas wie Sanktionen kommen könnten. Ich glaube zum einen, dass das nicht richtig wäre. Zum anderen ist es auch im übergreifenden Interesse falsch, gerade die Dinge zu blockieren oder gar zu verunmöglichen, die im Grunde genommen auch die Zivilgesellschaften zueinander bringen, die junge Menschen, etwa über Forschungsvorhaben, zueinander bringen, solche Dinge in Frage zu stellen. Und deshalb würde ich immer auch in Richtung Brüssel den Ratschlag geben, an dieser Stelle sehr, sehr vorsichtig zu sein.

Hamberger: Lassen Sie uns noch zum Schluss kurz auf Ihre Arbeit als Kanzleramtschef schauen. Sie sind ja auch damit betraut, Dinge zu koordinieren, zu organisieren, auch zu kommunizieren. Es gab in der Vergangenheit auch Manche, die in Richtung Kanzleramt-Kanzleramtschef gezeigt haben, wenn es um Kommunikation ging. Ein Beispiel ist das Thema Stromsteuersenkung, die entgegen der Versprechen dann am Ende nicht für alle, zumindest im Moment nicht, kommt. Was haben Sie denn aus so was gelernt? Wo sagen Sie, da müssen wir uns besser vorbereiten? Wie gehen Sie Kommunikation an und auch Koordination, quasi zwischen Bundesregierung auch in Fraktionen?

Frei: Ja, also ich muss ganz offen sagen, ich kann jeden Tag noch dazu lernen. Und ich glaube, dass wir die Strukturen inzwischen so aufgestellt haben, dass wir strukturell die allermeisten Fehler vermeiden. Also wir befinden uns im Promille-Bereich. Man darf das einfach nicht unterschätzen. In einer solchen Regierung passiert unglaublich viel. Es gibt unglaublich viele Stakeholder. Das sind ja nicht nur die Ministerien, das sind nicht nur die Koalitionspartner, sondern das findet ja auch vertikal statt über die Länder, über Brüssel und vieles andere mehr. Und natürlich auch viele, die in irgendeiner Weise in die Prozesse involviert sind. Und eine wesentliche Lehre ist, dass neben all diesen Strukturen und Laufwegen, die wir da festgelegt haben, man eben auch permanent kommunizieren muss, in alle möglichen Richtungen. Und dass es eben in der Regel in einer Koalitionsregierung schon auch darum geht, alle Beteiligten auf diesem Weg mitzunehmen. Wir arbeiten häufig unter sehr hohem Zeitdruck. Und die wesentliche Aufgabe des Kanzleramtes und auch des Chefs des Kanzleramtes ist es natürlich, die Probleme, die sich auch zwischen den Ressorts auftun, aufzulösen. Und darin kann man eigentlich die Aufgabenbeschreibung und das Aufgabenumfeld schon sehen. Natürlich versuchen die Ressorts sehr lange, die Dinge auch selbst im Griff zu haben und zu einer Lösung zu bringen. Und wenn es dann Not tut, dass man da gemeinsam dran geht, dann ist es meistens auch zeitlich brisant. Und deswegen muss man einfach sagen, das war auch in der Vergangenheit nie anders und das wird auch in der Zukunft nicht anders sein. Wir haben ein sehr, sehr breites Portfolio, eine sehr komplexe Aufgabenlage und meistens auch einen hohen Zeitdruck. Und in diesem Dreieck am Ende zu Ergebnissen zu kommen, wo alle einigermaßen damit zufrieden sind, das ist schon eine gewaltige Herausforderung. Und möglicherweise werden wir immer mal wieder kritische Situationen erleben, und da muss man eben professionell damit umgehen. Daran arbeiten wir. Dort, wo es Schwächen gibt, da versuchen wir, sie aufzulösen, die Wege besser zu strukturieren und aus dem zu lernen, was nicht ganz so gut geklappt hat.

Hamberger: Ein laufender Regierungsapparat hat ja auch zu tun mit Vertrauen in Politik, in politisches Handeln von Seiten der Bevölkerung. Jetzt haben Sie auch schon zu Beginn unseres Gesprächs darauf verwiesen, was die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat aus Ihrer Sicht, dass Sie aus Ihrer Sicht schon einiges geschafft haben. Gleichzeitig, wenn man sich jetzt die Umfragen anschaut, das aktuelle ZDF-Politbarometer sieht nicht so aus, als wäre das bei den Menschen schon groß angekommen. Ganz im Gegenteil, die AfD ist jetzt gleichauf gezogen mit der Union, die SPD kommt nicht vom Fleck. Wie erklären Sie sich das denn?

Frei: Ja, der Befund ist so, wie er ist und so, wie Sie ihn beschrieben haben. Und deswegen muss man ganz objektiv sagen, ja, das, was wir uns gewünscht haben, in welcher Lage das Land, die Gesellschaft um diese Zeit ist, das haben wir eben noch

nicht voll erreicht. Und ich bin deshalb etwas vorsichtig, weil ich es immer zweifelhaft finde, wenn Politiker davon sprechen, dass sie ja gar nichts falsch gemacht haben, sondern höchstens das Gute, was sie gemacht haben, nicht richtig kommuniziert haben. Das kann natürlich ganz leicht auch als Entschuldigung daherkommen oder als Ausflucht. Ich bin davon überzeugt, dass Inhalte immer wichtiger sind als die Verpackung, und deswegen müssen wir uns natürlich auch selbstkritisch mit einem solchen Befund auseinandersetzen. Aber tatsächlich, wenn ich mir die wesentlichen Punkte anschau: wie schaffen wir es, wieder in Wirtschaftswachstum zurückzukommen? Ich halte das für essentiell in einer alternden Gesellschaft. Wenn es darum geht, wieder Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen, wenn es darum geht, dafür zu sorgen, dass der Staat als ein Funktionierender wahrgenommen wird von den Menschen in ihrem ganz alltäglichen Leben, dann glaube ich, dann haben wir in der Tat schon wesentliche Punkte vorangebracht, vielleicht sogar mehr, als man einer schwarz-roten Koalition zugetraut hätte. Wenn ich etwa an die 30-prozentigen Sonderabschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionsgüter denke, ab Juli diesen Jahres, wenn ich beispielsweise an die Senkung der Körperschaftssteuer denke, die Absenkung der Thesaurierungsgewinnbesteuerung beispielsweise oder vieles andere mehr, dann glaube ich, haben wir an vielen Stellen auch tatsächlich strukturelle Voraussetzungen dafür gelegt, dass in Deutschland besser gearbeitet, gewirtschaftet und dann eben auch gelebt werden kann. Aber ich nehme natürlich zur Kenntnis, dass die Wahrnehmung bei den Menschen eine andere ist. Teilweise hat es zu tun mit Fehlern, die vermeidbar gewesen wären im Sommer und teilweise sicherlich auch damit, dass wir noch nicht diese Stimmung erzeugen konnten, die dann auch eine gewisse Eigendynamik auslöst. Ich bin schon davon überzeugt, dass das dann gelingen wird, wenn wir die Menschen mitnehmen auf diesem Reformweg. Und dafür sehe ich alle guten Aussichten und vor allen Dingen auch die Erkenntnisse der Vergangenheit, die uns manches sicher noch besser machen lassen.

Hamberger: Herr Frei, dann danke ich Ihnen für das Gespräch.

Frei: Sehr gerne, herzlichen Dank, Frau Hamberger.